

**Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung**

Protokoll

18. Sitzung (nicht öffentlich)

28. November 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 11/2450 und 11/2723

Vorlagen 11/776 und 11/782

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

1

(Die Ausführungen im Diskussionsteil dieses Protokolls sind im Zusammenhang mit Vorlage 11/895 zu sehen. Darin sind auch die Anträge und Abstimmungsergebnisse nachzulesen.)

Aus der Diskussion**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/2450 und 11/2723
Vorlagen 11/776 und 11/782

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Hinweis:

Die in diesem Protokoll genannten laufenden Nummern beziehen sich auf die Vorlage 11/895. Die darin enthaltenen Anträge und Abstimmungsergebnisse werden hier nicht wiederholt.

Anlage 1**Zu den lfdn. Nrn. 1 bis 3**

Abgeordneter Apostel (SPD) hält eine Entriegelung der Besetzungssperre für die Mitarbeiter des nichtwissenschaftlichen Dienstes in den NC-Fächern für erforderlich, damit es hier nicht zu unzumutbaren Situationen komme. - Für den **Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU)** stellen nicht nur die NC-Fächer einen Problembereich dar; daher sei die CDU für eine generelle Aufhebung der Besetzungssperre. - Für den **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** sind insbesondere die Auswirkungen der Stellenbesetzungssperre im Einzelplan 06 besonders groß, da die starke Fluktuation aufgrund der wissenschaftlichen Weiterbildung und anderer Kriterien im System liege. Er bitte daher um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Anlage 2 - Personalhaushalt**Zu lfd. Nr. 1**

Da man sich für die Auslandsämter ausspreche, stimmt die CDU-Fraktion nach den Worten ihres **Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU)** dem Antrag der SPD zwar zu, jedoch weist er darauf hin, daß es sich bei den Stellen nicht um übliche Leiterfunktionen wie in der Verwaltung handele.

Abgeordneter Kessel (SPD) begründet den Antrag seiner Fraktion damit, daß man aufgrund der spezifischen Aufgaben der Akademischen Auslandsämter es nicht für sachgerecht halte, die Leiter dieser Ämter dem wissenschaftlichen Dienst in Lehre und Forschung zuzuordnen, zumal hiermit Befreiungen verbunden wären, die zu anderweitigen Stellenbesetzungen durch Zeitverträge führten. Im übrigen hätten sich diese Stellen schon einmal in der Dienstart 06 befunden.

Zu den lfdn. Nrn. 2 bis 4

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) sieht den Antrag der SPD und den seiner Fraktion komplementär. Der SPD gehe es darum, die Tarifierhöhung aufzufangen; der Antrag der GRÜNEN sehe eine zusätzliche Ausweitung des Grundansatzes vor.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) hält den Antrag seiner Fraktion, der das Programm "Qualität der Lehre" auf die Titelgruppe 94 umlege, ebenfalls für komplementär zum Antrag der SPD-Fraktion.

Zu lfd. Nr. 5

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) möchte wissen, wie die in den Anträgen vorgeschlagenen Planstellen zustande kämen. - **Ministerin Brunn, Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)** und **Abgeordneter Apostel (SPD)** tragen sich gegenseitig ergänzend vor, traditionell würden die Vorschläge des Ministeriums, die dort von

Fachleuten aufgrund der Stellenplanwünsche der Hochschulen und nach Prioritätensetzung gemacht würden, als Änderungsantrag in die Beratungen eingebracht, da dies die Regierung nicht selber tun dürfe. - Danach stimmt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** diesem Verfahren zu, bittet jedoch darum, die Vorschläge für die Zukunft frühzeitiger zu unterbreiten, um gegebenenfalls Rückfragen stellen oder dem Ministerium Alternativen benennen zu können.

Zu lfd. Nr. 6

Auf eine nachdrückliche Frage des **Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU)** zu diesem Antrag erläutert **Abgeordneter Apostel (SPD)**, die Stelle des Leiters des Informationszentrums Sozialwissenschaft (IZ) werde von anderen finanziert, jedoch benötige man für die Sicherung des wissenschaftlichen Renommées eine Anbindung an die Hochschule und somit eine Leerstelle der Besoldungsgruppe C 4.

Zu lfd. Nr. 7

Ohne Diskussion.

Zu lfd. Nr. 8

Abgeordneter Apostel (SPD) weist darauf hin, daß mit der Ergänzung der Erläuterungen der Einzelunterricht für Lehramtsstudiengänge gesichert werden solle. Von den Mitteln für Lehraufträge in Höhe von 28 Millionen DM sollten 3 Millionen DM hierfür zur Verfügung stehen.

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
18. Sitzung

28.11.1991

es-sz

Zu lfd. Nr. 9

Abgeordneter Schultheis (SPD) begründet die Ablehnung seiner Fraktion dieses Antrags damit, daß eine Entsperrung dieser Stellen nur vom Unterausschuß "Personal" vorgenommen werden könne; zum anderen sollte die Entsperrung im Zusammenhang mit den Auswirkungen des neuen Kindertagesstättengesetzes auf die Einrichtungen im wissenschaftlichen Bereich gesehen werden. Dieses Thema bedürfe der Beratung in einer der nächsten Ausschußsitzungen.

Zu den lfdn. Nrn. 10 und 11

Keine Diskussion.

Zu lfd. Nr. 12

Dem Hinweis des **Abgeordneten Apostel (SPD)**, die Höhergruppierung bedürfe noch einer inhaltlichen Prüfung, hält **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** entgegen, er finde den Antrag, wenn erst noch geprüft werde, ob die Höhergruppierung inhaltlich berechtigt sei, überflüssig. - Dieser Auffassung schließen sich der **Vorsitzende** als Vertreter der F.D.P.-Fraktion und ausdrücklich **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)** für seine Fraktion an.

Abgeordneter Apostel (SPD) ergänzt, die Prüfung werde vom Unterausschuß "Personal" vorgenommen. Hier könne nur vorbehaltlich eines positiven Ausgangs der Prüfung über die Höhergruppierung entschieden werden. - Unabhängig von der haushaltsplanmäßigen Ermächtigung, fügt **Leitender Ministerialrat Dr. Fleischer (Ministerium für Wissenschaft und Forschung)** an, müßten in jedem Einzelfall die Voraussetzungen einer Höhergruppierung geprüft werden.

Zu lfd. Nr. 13

Abgeordneter Apostel (SPD) erklärt dazu, die Konkretisierung der Terminierung der Umwandlung von acht Professorenstellen habe zur Folge, daß die Umwandlung einer freiwerdenden Stelle nicht sofort erfolgen müsse.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU) weist der Redner darauf hin, daß die vom Ministerium erstellte Liste zwar nicht ausdrücklich mit der Hochschule abgesprochen sei, aber sie habe auch nicht widersprochen.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) hält eine Abwertung in psychologischer Hinsicht für bedauerlich und weist darauf hin, daß sich die Fernuniversität Hagen ein hohes wissenschaftliches Renommee erarbeitet habe. Vor diesem Hintergrund interessiere ihn der Grund der Umwandlungen. - Ungeachtet des Streits, ob die Fernuniversität und die Präsenzhochschulen gleichbehandelt werden sollten, erwidert **Abgeordneter Apostel (SPD)**, gebe es einen Haushaltsvermerk, nach dem acht Stellen nach C 3 gesetzt werden müßten.

Anlage 2 - Sachhaushalt**Zu lfd. Nr. 14**

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) ergänzt zur schriftlichen Begründung, vor der auch in diesem Ausschuß anstehenden Beratung des Antrags der GRÜNEN zum "Semester-Ticket" sollte bereits vorsorglich ein Titel für die Parkraumbewirtschaftung im Haushalt eingerichtet werden.

Enthaltung der CDU-Fraktion zu diesem Antrag signalisiert ihr **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)**. Da es Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschulen gebe, könne einer pauschalen Parkraumbewirtschaftung nicht zugestimmt werden. Zunächst sollte eine ausführliche Beratung des Antrags erfolgen.

Da der Antrag Konkretisierungen offen lasse und hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung nur vorsorglich ein Titel eingerichtet werde, kündigt der Vorsitzende für die F.D.P.-Fraktion Zustimmung zu diesem Antrag an.

Nach den Worten des Abgeordneten Apostel (SPD) werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Er begründet die Haltung seiner Fraktion wie Dr. Posdorf und weist ergänzend darauf hin, daß hinsichtlich der Parkraumbewirtschaftung nicht die Hochschulen allein, sondern alle Landeseinrichtungen betrachtet werden sollten.

Zu lfdn. Nrn. 15 und 16 (siehe Vorlage 11/895, Seiten 3 und 4)

Zu lfd. Nr. 17

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) begründet den Antrag wie auf Seite 4 der Vorlage 11/895.

Abgeordnete Dr. Lorenz (CDU) und Dr. Posdorf (CDU) weisen darauf hin, daß sie dem ersten Spiegelstrich des vorliegenden Antrags zustimmen würden. Zu den Spiegelstrichen 2 und 3 könne ihre Fraktion die Zustimmung nicht geben, da die Beratungen zum Studentenwerkgesetz noch anstünden.

Abgeordneter Apostel (SPD) bezieht die letzte Argumentation seiner beiden Vorredner auf den gesamten Antrag und signalisiert für seine Fraktion Ablehnung. Darüber hinaus wolle die SPD die Jahresabschlußrechnung der Studentenwerke abwarten und in die Beratungen einbeziehen; gegebenenfalls müßten zur Erfüllung der Pflichtaufgaben der Studentenwerke fehlende Beträge in einem Nachtragshaushalt bewilligt werden.

Zu lfd. Nr. 18

Nachdem **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** sich dafür ausgesprochen hat, daß der Ausschuß "Mensch und Technik" bei der Förderung von bio- und gentechnologischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben stärker einbezogen werden sollte, verweisen die **Sprecher der anderen drei Fraktionen** darauf, daß es neben Risiken auch Chancen gebe, die für die Wissenschaft und Gesellschaft nutzbar gemacht werden sollten. Deshalb lehnten sie diesen Antrag ab.

Zu lfd. Nr. 19

Zur Ergänzung der auf Seiten 4 und 5 der Vorlage 11/895 stehenden Begründung führt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** aus, euphemistische Begriffe wie "Notzuschlag auf Zeit" sollten doch vermieden werden; denn dieses Programm sei bereits zum Bestandteil der normalen Krisenbewältigung an den Hochschulen geworden. Im übrigen rege er an, zu lockereren Vergabemodi, die nicht nur an ein einzelnes Haushaltsjahr gebunden sein sollten, vielleicht nicht mehr jetzt, aber doch für das Haushaltsjahr 1993 zu kommen.

Für den **Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU)** wäre die Umbenennung dieses Programms das falsche Signal; damit würde der Ausschuß die Überlast als Normallast sanktionieren. Darüber hinaus sei die CDU-Fraktion grundsätzlich gegen das Instrument "Notzuschlag auf Zeit", weil den Problemen an den Hochschulen auf Dauer nicht mit irgendwelchen Notzuschlägen begegnet werden könne. Man halte den Antrag für eine Ablenkung von der eigentlichen Diskussion. - Dem schließt sich **Abgeordneter Apostel (SPD)** an, signalisiert aber hinsichtlich einer Veränderung des Vergabemodus Gesprächsbereitschaft. - Der **Vorsitzende** sieht diesen Antrag als Anstoß, über neue Strukturen nachzudenken.

Zu lfdn. Nrn. 20 und 21

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) signalisiert Zustimmung zum Antrag Nr. 21 der SPD-Fraktion mit Ausnahme des Deckungsvorschlags, da seine Fraktion eine

echte Ausweitung für das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" sowie in der Titelgruppe 94 bei allen Fachhochschulen für notwendig halte.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU) kritisiert, entweder handele es sich, wenn der Ansatz der sächlichen Verwaltungsausgaben in Titelgruppe 94, Kapitel 06 110, von 0 DM für das Jahr 1991 auf 3 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1992 erhöht worden sei, um einen Betrag, der als Dispositionsmasse in den Haushalt eingeschrieben worden sei, oder um ein Scheingefecht. Gegen eine solche Art und Weise der Haushaltsvorlegung von seiten der Sozialdemokraten lege die CDU schwerste Beschwerde ein, und es bedürfe einer Erklärung, warum die 3 Millionen DM plötzlich umgeschichtet werden könnten.

Hinsichtlich des Programms "Qualität der Lehre" lehne die CDU den SPD-Antrag ab; demgegenüber stehe ein eigenständiger CDU-Antrag auf Streichung der Titelgruppe 90. Der Erhöhung der Titelgruppe 94 in den Fachschul-Kapiteln um 2 Millionen DM stimme die CDU zu.

Zum Verfahren führt **Abgeordneter Apostel (SPD)** aus, erst nach Drucklegung werde von seiten der Fraktion der Haushaltsentwurf beraten. Dann erst werde der eine oder andere Titel durch Beschlüsse geändert; das sei Parlamentsrecht. Den von der SPD vorgelegten Änderungsantrag halte er für sachgerecht.

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der **Vorsitzende**, er wolle sich bei der Erhöhung des Ansatzes für das Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" enthalten, da er einerseits grobe Mängel bei der Durchführung des Programms erkenne, andererseits aber eine Reihe von Maßnahmen für sinnvoll halte.

Zu lfd. Nr. 22

Die CDU werde dem Antrag zustimmen, erklärt **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)** und bittet sodann das Ministerium, zumindest einmal eine grobe Planung vorzulegen, wer in den Wohnheimen untergebracht und was in naher Zukunft zur Verbesserung der Wohnraumsituation beabsichtigt sei. - **LMR Dr. Fleischer (MWF)** macht den Vorschlag, die Anmeldungen des Ministeriums zum 22. Rahmenplan abzuwarten.

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
18. Sitzung

28.11.1991
es-sz

Sollten die darin enthaltenen Angaben nicht zufriedenstellend ausfallen, werde man der Bitte nachkommen.

Die Ausführungen des **Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** entsprechen im wesentlichen der schriftlichen Begründung auf Seite 5 der Vorlage 11/895.

Zwar werde das Problem der schlechten Situation in den Wohnheimen, merkt **Abgeordneter Apostel (SPD)** an, von der SPD genauso wie von den anderen Fraktionen beurteilt, jedoch weise er darauf hin, daß die Mittel zur Wohnheimunterhaltung im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesteigert worden seien. Auch könne das Problem nicht mit der lapidaren Summe von 1,5 Millionen DM bewältigt werden, sondern man müsse sich in jedem Einzelfall mit den Erfordernissen auseinandersetzen. Die SPD lehne daher diesen Antrag ab.

Zu den lfdn. Nrn. 23 bis 26 sowie 28 und 33

Nachdrücklich wendet sich **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)** gegen das "Spielchen", daß jedes Jahr einerseits die Landesregierung betone, einen bis ins letzte Detail ausgefeilten Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem an keiner Stelle eine Dispositionsmasse zur Verfügung stehe, andererseits von seiten der SPD-Fraktion Anträge gestellt werden, in denen mit dem jeweiligen Baufortschritt begründet Mittel aus Ansätzen wie beispielsweise in den oben genannten Anträgen herausgezogen würden. Es handele sich wohl immer um Luftblasen im Haushalt, die dann nur von irgendwelchen Abgeordneten aufgestochen zu werden bräuchten. Den Einzelvorschlägen werde die CDU zustimmen, jedoch werde sie aus den oben genannten Gründen die Deckungsvorschläge ablehnen.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seines Vordredners an und möchte wissen, ob die Universitäten von den Ansatzminderungen wüßten und damit einverstanden seien.

Skepsis äußert er zu den Anträgen 24 und 26 und bittet um Auskunft, ob etwa eine Ausweitung der Tierversuche geplant sei, falls ja, stimmten die GRÜNEN auf jeden Fall gegen diese Anträge.

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
18. Sitzung

28.11.1991
es-sz

Als unglaublich und unverantwortlich bezeichnet er die Ansatzminderung in Antrag 33. Die unzumutbare Situation im Hörsaalbereich an der Universität - Gesamthochschule - Paderborn erfordere gerade einen schnellen und nicht verzögerten Bau eines neuen Hörsaals. Daher plädiere er dafür, zumindest den Deckungsvorschlag nicht wirksam werden zu lassen.

Die verbale Attacke seines Kollegen Dr. Posdorf (CDU) weist Abgeordneter Apostel (SPD) zurück. Wenn das Parlament den Haushaltsentwurf der Regierung berate, hänge dies immer mit Bewertungen und Prioritätsetzungen zusammen. Und sofern Herr Dr. Posdorf von Luftblasen spreche, möchte er, Abgeordneter Apostel, darauf hinweisen, daß im Ergänzungshaushalt 1 Milliarde DM globale Minderausgaben für Maßnahmen eingestellt seien, die mit gewisser Wahrscheinlichkeit nicht zur Durchführung gelangten. Mit den oben genannten sechs Anträgen wolle man die neugeschaffenen Titel voranbringen; dafür benötige man die aufgeführten Deckungen aus Maßnahmen, die diese Mittel konkret momentan nicht bedürften.

Zur Frage des Kollegen Dr. Vesper hinsichtlich der Tierhaltungsbereiche gibt er an, daß es sich um eine Ausweitung der Tierversuche, sondern um eine Verbesserung der hygienischen Bedingungen für die Tiere handele.

LMR Dr. Fleischer (MWF) macht darauf aufmerksam, daß die Ansatzminderungen für die Hochschulen unschädlich seien, und sie führten auch nicht zu Verzögerungen im Bauablauf; das gelte auch für Paderborn. Aus diesem Grunde würden sie auch nicht mit den Hochschulen, sondern mit den Bauverwaltungen abgesprochen.

An die Adresse von Dr. Posdorf gewandt äußert er, auch für die künftigen Jahre räume er unumwunden ein, daß es unmöglich sei, den Mittelabfluß aus den Bautöpfen exakt zu terminieren, zumal der Haushaltsplanentwurf bereits zu Beginn eines jeden Jahres für das nächste aufgestellt werde.

Zu lfd. Nr. 27

Keine Diskussion.

Zu lfd. Nr. 29

Abgeordneter Apostel (SPD) weist darauf hin, daß mit der vorliegenden Formulierung der strittige Titel 119 10 von der Regelung ausgeklammert werde.

Zu lfd. Nr. 30

Zur Begründung des Antrag seiner Fraktion führt **Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU)** aus, die Entscheidung über die Errichtung einer juristischen Fakultät an der Universität Düsseldorf sollte entgegen der Hinhaltung der Landesregierung in der Antwort zur Kleinen Anfrage des Kollegen Goldmann nicht hinausgeschoben werden. Einerseits aufgrund der großen Überlastung - NC jetzt auch bei den Juristen - und andererseits aufgrund des erweiterten Aufgabenbereichs im Fach Rechtswissenschaft unter anderem mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt müsse hier ein Signal gesetzt und eine entsprechende Planung eingeleitet werden. Der notwendige Stellenansatz könnte aus der Arrondierung bestimmter Hochschulbereiche abgedeckt werden.

Abgeordneter Apostel (SPD) bemerkt, da das Ministerium den Wunsch der Universität nach Errichtung einer juristischen Fakultät zur Zeit prüfe und dieser Prozeß noch nicht abgeschlossen sei, könne die SPD diesem Antrag heute nicht zustimmen, gleichwohl halte er ihn für die Zukunft für nicht ganz aussichtslos. - Dieser Auffassung schließt sich der **Vorsitzende** für die F.D.P.-Fraktion an und ergänzt, daß vor einer Entscheidung zunächst über ein - bis jetzt noch nicht vorliegendes - Konzept beraten werden sollte. Die heutige Ablehnung sollte jedoch nicht als endgültig verstanden werden.

Zu den lfdn. Nr. 31 und 32

Keine Diskussion.

Zu lfd. Nr. 34

Nach den Worten des **Abgeordneten Dr. Posdorf (CDU)** wird der Antrag gerade heute von der CDU-Fraktion eingebracht, da die Neuerrichtung der Fachhochschule Bocholt dränge und nun in Angriff genommen werden müsse. Der Lehrbetrieb könne im wesentlichen aufgrund der aus der Region erbrachten Leistungen zum Wintersemester 1992/93 aufgenommen werden. Mit dem Ansatz von 3 Millionen DM solle im Haushalt ein Zeichen gesetzt und ein Beitrag zur Bekämpfung der Überlast an den Fachhochschulen geleistet werden.

Abgeordneter Apostel (SPD) bezeichnet diesen Antrag als ein politisches Druckmittel. Zwar gebe es keinen Streit über die Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Fachhochschulabteilung, und der Standort Bocholt sei gut gewählt, jedoch halte er die vorgeschlagene finanzielle Basis für nicht sachgerecht.

Einen als Anlage beigefügten Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wird zurückgezogen, nachdem **Ministerialdirigent Dr. Hochmuth (MWF)** erklärt, daß zwei Professuren bereits im Haushaltsjahr 1992 eingestellt seien und die darüber hinaus für den Studiengang benötigten Professuren nach einem Gespräch mit der Hochschule und nach einer Prüfungsprozedur aus den sogenannten Töpfen zur Verfügung gestellt würden.

Nach der Antragsberatung und der Gesamtabstimmung (siehe Vorlage 11/895) macht **Abgeordneter Apostel (SPD)** abschließend darauf aufmerksam, daß mit der Verabschiedung des gesamten Haushaltsplans eine wichtige Entscheidung zur Finanzautonomie der Hochschulen auf den Weg gebracht werde. Die Einhaltung der Zielsetzungen dieses Programms würden kritisch verfolgt. Um dies zu gewährleisten bitte er um einen jährlichen Bericht über Ergebnisse, Vorteile, aber auch über Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Programms. Darüber sollte dann vor den nächsten

Ausschuß für Wissenschaft
und Forschung
18. Sitzung

28.11.1991
es-sz

Haushaltsplanberatungen diskutiert werden, um gegebenenfalls das eine oder andere nachzubessern.

gez. Schultz-Tornau
Vorsitzender

Anlage

03.02.1992/13.03.1992

240